

Internationale Nachrichten

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **177 (2011)**

Heft 5

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Österreich

Evakuierung von Staatsbürgern aus Nordafrika

Das österreichische Bundesheer hat im Februar 2011 anlässlich der Unruhen in Nordafrika eigene Staatsbürger sowohl aus Ägypten als auch aus Libyen ausgeflogen. Mit der Beschaffung von Transportflugzeugen C-130 «Hercules» vor rund acht Jahren ist das Bundesheer offiziell auch mit diesen Aufgaben betraut worden. Wie schnell eigene Staatsbürger im Ausland auf derartige Hilfe angewiesen sein können, zeigte sich in den vergangenen Jahren mehrmals: Etwa im Sommer 2006, als die C-130 über einen Flughafen in

Zypern österreichische und andere EU-Bürger aus dem unsicheren Libanon ausflogen. Oder zu Beginn dieses Jahres, als nach den Unruhen in Ägypten knapp 140 Personen das Land an Bord der Transportmaschinen des Bundesheeres verliessen. Nach der krisenhaften Lageentwicklung in Libyen wurde sofort eine Maschine nach Malta verlegt, von wo in der Folge mit diversen Flügern eigene und EU-Staatsbürger aus Tripolis herausgeflogen wurden. Bei diesen Einsätzen werden die Piloten der Transportmaschinen von so genannten Krisenunterstützungsteams begleitet. In diesen Teams sind je nach Bedarf Notfallsanitä-

ter, Ärzte, Psychologen, Übermittlungsspezialisten zur Herstellung von Satellitenverbindungen oder auch Botschaftspersonal integriert. Zur Vor-



Österreichische Staatsbürger werden aus Ägypten ausgeflogen. Bild: Bundesheer

bereitung schwieriger Evakuierungen werden auch Offiziere und Soldaten der österreichischen Spezialeinsatzkräfte

zugeteilt. Mit Unterstützung des Nachrichtendienstes werden im Vorfeld eines möglichen Einsatzes die notwendigen Informationen über die Lage in der Krisenregion sowie die möglichen Evakuierungsrouten beschafft.

Das österreichische Bundesheer verfügt über drei Transportmaschinen C-130, die seinerzeit aus Beständen der britischen Royal Air Force beschafft worden sind. Sie wurden anschliessend auf die Bedürfnisse des österreichischen Bundesheeres angepasst. Heute stehen weltweit mehr als tausend Maschinen vom Typ «Hercules» in mehr als 70 Staaten im Einsatz.

Österreich

Neue Sicherheitsstrategie

Die Koalitionsparteien SPÖ und ÖVP haben sich im März 2011 auf eine neue Sicherheitsstrategie für Österreich geeinigt. Diese notwendige Anpassung der bisherigen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin aus dem Jahre 2002 dient als Grundlage für die laufende Diskussion über die sicherheitspolitischen Entwicklungen und die anstehende Reform des Bundesheeres. Ausgespart bleibt vorerst die Frage der Wehrpflicht mit unterschiedlichen Positionen: die SPÖ plädiert bekanntlich für ein Freiwilligenheer, die ÖVP will ein reformiertes Bundesheer unter Beibehaltung der Wehrpflicht.

Die neue Sicherheitsstrategie beinhaltet folgende Kernpunkte: Die Neutralität bleibt als unumstrittenes Grundprinzip der österreichischen Sicherheitspolitik festgeschrieben. Landesverteidigung und Aufgaben des Bundesheeres werden den neuen Herausforderungen und Bedrohungsszena-

rien angepasst. Sicherzustellen sind in erster Priorität der Schutz des souveränen Staates, der Bevölkerung sowie der Ressourcen und der Infrastruktur in Krisensituationen. Beim Katastrophenschutz bleibt das Bundesheer ein entscheidendes Element neben den ebenfalls wichtigen zivilen Organen. Dritte Säule der Verteidigungspolitik (neben Landesverteidigung und dem Katastrophenschutz) sind friedenserhaltende Auslandseinsätze

sowie die verstärkte Teilnahme an der EU-Sicherheitspolitik. Die NATO-Beitrittsoption wurde gestrichen, an deren PfP-Programmen will Österreich aber weiterhin aktiv mitwirken.

Im sicherheitspolitischen Konzept zum aktuellen Bedrohungsbild werden konventionelle Angriffe gegen Österreich auf absehbare Zeit für unwahrscheinlich erachtet. Umso mehr werden aber die künftig wahrscheinlichen Risiken

und Gefahren hervorgehoben: der internationale Terrorismus, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, regionale innerstaatliche Konflikte oder Umwälzungen mit Auswirkung auf Europa, Angriffe auf die Sicherheit von IT-Systemen, die Bedrohung strategischer Infrastrukturen, die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität, natürliche und von Menschen verursachte Katastrophen, illegale Migration, Knappheit von Ressourcen, Klimawandel sowie Umweltschäden und Pandemien. Als besondere Herausforderung werden die Komplexität und die zunehmende Vernetzung von aktuellen Risiken und Gefahren genannt, auf die ein Staat vorbereitet werden muss. Die komplexen Probleme in Sicherheitsfragen können daher gemäss neuer Strategie nur noch durch internationale Kooperation gelöst werden. Die EU als umfassende Friedens-, Sicherheits- und Solidargemeinschaft soll dabei den zentralen Handlungsrahmen für die österreichische Sicherheitspolitik bilden.



Vorgesehen ist eine umfassende Landesverteidigung in zeitgemässer Form. Bild: Bundesheer

Deutschland

Ende für das Raketenabwehrsystem «MEADS»

Die USA haben zu Beginn dieses Jahres entschieden, dass sie auf eine Einführung des Luftverteidigungssystems «MEADS» (Medium Extended Air Defense System) verzichten werden (siehe auch Beitrag unter USA). Das transatlantische Rüstungsprojekt, an dem neben den USA auch Deutschland mit 1,1 Mrd. Euro und Italien mit einem etwas geringeren Betrag beteiligt sind, wird in den USA aus Kostengründen nur noch bis Ende der Entwicklungsphase (vermutlich bis 2013) mitfinanziert. Damit wird das prestigeträchtige Entwicklungsprogramm mit grosser Wahrscheinlichkeit nicht in die Serienproduktion gehen, denn gemäss Experten werden europäische Staaten aus technischen und vor allem finanziellen Gründen nicht in der Lage sein, das

Projekt später alleine weiterzuführen.

Das deutsche Bundesverteidigungsministerium ist gemäss eigenen Angaben bereits im letzten Herbst über den USAusstieg informiert worden, hatte aber diese Informationen bis zur offiziellen Ankündigung aus dem Pentagon zurückgehalten. In einem Papier des Mi-

nisteriums heisst es, der US-Rückzug aus dem trinationalen Programm «MEADS» mache das angestrebte Parlamentsvotum über die Freigabe von weiteren 250 Mio. Euro somit überflüssig. Bei diesem Entwicklungsprojekt haben bisher die amerikanische Firma Lockheed Martin mit dem europäischen Konsortium MBDA (ein

Verbund aus EADS, BAE und Finmeccanica) kooperiert. Unterdessen hat auch das deutsche Verteidigungsministerium bekannt gegeben, dass auch Deutschland auf eine künftige Beschaffung von «MEADS» verzichten will und zum selben Zeitpunkt wie die USA aus dem Programm aussteigen wird.

Gemäss Informationen aus dem Pentagon wollen die USA an Stelle von «MEADS» vorerst die Weiterentwicklung und Modernisierung des von Raytheon produzierten Luftabwehrsystems «Patriot PAC-3» forcieren. Im Weiteren sollen die Abwehrsysteme «THAAD» und «AEGIS/SM-3» weiterverfolgt und beschafft werden. Die amerikanischen Interessen liegen dabei eindeutig beim Aufbau eines wirksamen Rakenschutzschildes für Europa, der vor allem gegen eine iranische Raketenbedrohung schützen soll (siehe auch ASMZ Nr. 05/2010, Seite 39).



Abschussfahrzeug des Raketenabwehrsystems «MEADS».

Bild: Bundeswehr

Niederlande

Holländische Soldaten zurück nach Afghanistan

Ein halbes Jahr nach dem Abzug ihrer Soldaten aus Afghanistan (siehe auch ASMZ Nr. 06/2010, Seite 36) hat die Niederlande zu Beginn dieses Jahres beschlossen, ihr Engagement bei der NATO-geführten ISAF wieder aufzunehmen. Bereits seit Ende April stehen nun wieder 350 Polizeibeamte und Soldaten der niederländischen Armee zur Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte (Polizei und Streitkräfte) im Einsatz. Nebst der Ausbildung von Sicherheitskräften will die Niederlande auch Fachspezialisten entsenden, die Unterstützung beim Aufbau der afghanischen Polizei- und Justizverwaltung leisten. Vorgesehen ist, dass bis Ende 2014 dauernd etwa 550 Personen in Afgha-

nistan im Einsatz stehen. Der Schwerpunkt des neuen niederländischen Einsatzes liegt nicht mehr wie früher im Süden Afghanistans (Provinz Uruzgan), sondern in der von der deutschen Bundeswehr kon-



Die vier Kampfflugzeuge F-16 werden von Kabul nach Mazar-i-Sharif verlegt. Bild: ISAF

trollierten nordafghanischen Provinz Kunduz, wo eine enge Zusammenarbeit mit der deutschen Bundeswehr vorgesehen ist.

Nach heftigen Diskussionen hatte das niederländische

Parlament zu Beginn dieses Jahres schlussendlich zugestimmt, diese Ausbildungsmission zu unterstützen. In der NATO wurde dieser Entscheid mit grosser Genugtuung aufgenommen, denn es besteht ein grosser Bedarf an Ausbildungsspezialisten. Noch im letzten Jahr hatte die internationale Gemeinschaft beschlossen, dass bis Ende 2011 mit drei Ausbildungskonzepten (EUPOL, NATO-Training-Mission und nationalen Ausbildungsprojekten) insgesamt 134 000 Polizisten ausgebildet werden müssen. Von der Regierung in Kabul werden allerdings Garantien verlangt, dass die niederländischen Ausbilder nebst der Ausbildungstätigkeit auf keinen Fall für militärische Aktionen eingesetzt werden dürfen. Die zivilen Experten sollen bei ihrer Arbeit durch die im Rau-

me Kunduz stationierten deutschen Soldaten geschützt werden.

Die Niederlande waren im Sommer 2010 das erste westliche Land, das seine Soldaten aus Afghanistan zurückholte und damit seinen Militäreinsatz gegen die islamistischen Taliban beendete. Zuvor war in Den Haag eine schwarze Koalition im Streit über diesen Militäreinsatz zerbrochen und das neue Parlament hatte sich für einen unmittelbaren Rückzug ausgesprochen. Zurück blieben ist bis heute allerdings das Detachement der niederländischen Luftwaffe mit vier Kampfflugzeugen F-16 und einigen Helikoptern samt Flug- und Bodenpersonal, die gemäss neuestem Beschluss bis auf weiteres in Afghanistan belassen werden.

USA

Verzögerung und Kostensteigerung beim F-35-Programm
(Reduktionen bei den europäischen Partnern)

Bei der Entwicklung und Erprobung des Kampfflugzeuges F-35 (Joint Strike Fighter) sind in den letzten Monaten ernsthafte Probleme aufgetaucht, die zu unerwarteten Verzögerungen bei den laufenden Erprobungen geführt haben. Gemäss neusten Planungen dürfte bei der US Air Force die erste Staffel F-35 frühestens im Jahre 2016 operationell sein. Ursprünglich planten die US-Streitkräfte für den eigenen Bedarf insgesamt 2443 Maschinen des F-35 in verschiedenen Versionen, die im Zeitraum bis etwa 2030 bei Air Force, Navy und Marine Corps eingeführt werden sollten. Bereits heute steht fest, dass im Zuge der bereits beschlossenen und noch zu erwartenden Sparmassnahmen und wegen der Kostensteigerungen wahrscheinlich weniger F-35 beschafft werden dürften als geplant. Die seinerzeit kalkulierten Stückkosten von rund 50 Mio. sollen gemäss neusten Berechnungen unterdessen bei über 130 Mio. US Dollar liegen. Auch bei den europäischen Partnern des F-35-Programms



Prototyp des F-35B bei Flugversuchen.

Bild: Lockheed

sind auf Grund der aufgetretenen Probleme und Kostensteigerungen sowie der laufenden eigenen Sparmassnahmen bereits Anpassungen bei den geplanten Beschaffungsprogrammen vorgenommen worden.

Grossbritannien, der bisher grösste Partner des F-35-Programms hat bekanntlich im Herbst 2010 aus Spargründen die Notbremse gezogen. Diese beinhalten die sofortige Einstellung der STOVL-Aktivitäten und der Verzicht auf die für die neuen Flugzeugträger geplanten Kampfflugzeuge der Version F-35B. Statt 138 «Joint Strike Fighter» sollen gesamthaft nur noch 60 F-35C beschafft werden und dies viel später als geplant.

In den Niederlanden hatte das vorherige Parlament im Juni 2010 vorerst den Ausstieg aus dem F-35-Programm beschlossen. Es wurde bereits über die

Konsequenzen einer Annullierung der zwei bereits bestellten Testflugzeuge verhandelt, als Mitte des letzten Jahres eine neue Regierung eingesetzt wurde. Diese will zwar an der F-35-Beschaffung festhalten, ist aber auf Grund der enormen Preissteigerungen gezwungen, eine Neubeurteilung vorzunehmen. Anstatt der geplanten 85 Maschinen dürften nun weniger F-35 beschafft werden, die als Ablösung der F-16 dringend gebraucht werden. Der definitive Entscheid über den Beschaffungsumfang ist auf die nächsten Jahre vertagt worden.

Die norwegische Regierung hat im Oktober 2010 beschlossen, ihre Bestellung für die Kampfflugzeuge F-35A um zwei Jahre zurückzustellen. Gemäss neuer Planung sollen im Jahr 2016 vier Maschinen für Ausbildungszwecke eingeführt werden. Die Beschaffung wei-

terer 16 Flugzeuge dieses Typs wird vorerst bis 2018 aufgeschoben. Ursprünglich hatte die norwegische Regierung vorgesehen, zwischen 2016 und 2020 insgesamt 48 F-35 zu beschaffen.

Dänemark als weiterer ursprünglicher Partner des Programms hat die Entscheidung vorerst aufgeschoben. Beschlossen wurde, dass statt der geplanten 48 Maschinen nur 25 bis 35 beschafft werden sollen, wobei unterdessen nicht mehr ausschliesslich am F-35 festgehalten wird. Wegen der Preissteigerung wird in Dänemark auch eine billigere Variante (beispielsweise der schwedische «Gripen») in Erwägung gezogen.

Noch weitgehend unklar ist die Situation in Italien, wo gemäss Verteidigungsminister La Russa in den nächsten Jahren bei den Investitionen über sechs Mrd. Euro eingespart werden müssen. Verzichtet wird vorerst auf die letzte Tranche der Abfangjäger Eurofighter «Typhoon». Zusätzlich will die italienische Luftwaffe versuchen 24 «Typhoon» der ersten Serie am Gebrauchtmrkt zu platzieren, wo als mögliche Käufer Rumänien oder sogar die Türkei genannt werden. Trotzdem dürfte die geplante Beschaffung von 131 F-35 kaum zu finanzieren sein.

USA

Unbemannte Flugzeuge für die Raketenabwehr

Die Raketenabwehrbehörde MDA (Missile Defense Agency) des Pentagon wird noch in diesem Jahr den Einsatz der Drohne MQ-9 «Reaper» im Rahmen von Versuchen zur Abwehr ballistischer Raketen und Lenkwaffen erproben. Allerdings sollen dabei die Drohnen nicht für die direkte Bekämpfung anfliegender Flugkörper vorgesehen sein, sondern als Trägermittel für Sen-

soren zur Zielerfassung und -verfolgung. Die für den Versuch vorgesehenen MQ-9-Flugkörper werden mit Infrarotsensoren und einem multispektralen Zielerfassungssystem ausgestattet. Die Drohnen vom Typ «Reaper» können bis zu 24 Stunden in der Luft bleiben. Die erfassten Aufklärungs- und Zieldaten werden an die Führungszentralen regionaler Raketenabwehrkräfte übermittelt. Gemäss vorliegenden Planungen könnten beispielsweise drei im Einsatz stehende UAVs eine



Kampfdrohne «Reaper» vor einem Einsatz in Afghanistan.

Bild: USAF

ständige Überwachungspräsenz entlang der Grenzen zwischen Nord- und Südkorea oder der Grenze zum Iran gewährleisten. Der Aufwand wäre dabei weit geringer als ein Einsatz

mit bemannten Aufklärungsflugzeugen. Dazu kommt der Vorteil einer raschen Einsatzbereitschaft sowie die weit geringere Gefährdung durch Abwehrwaffen.

Unbemannte Flugzeuge vom Typ MQ-9 «Reaper» stehen heute bei der US Air Force und US Navy im Einsatz, wobei sie heute vor allem für Kampfeinsätze genutzt werden. Zudem bestehen spezielle Versionen, die bei der NASA sowie der amerikanischen «Homeland Security» genutzt werden.

USA

Budgetvorschlag für 2012

Im Januar 2011 präsentierte der amerikanische Verteidigungsminister Gates einen Budgetvorschlag in der Höhe von 553 Mrd. US Dollar für die Verteidigungsausgaben 2012. Gleichzeitig präsentierte er einen Ausgabenplan für die nächsten fünf Jahre, der personelle Kürzungen und Stornierungen von Beschaffungsprogrammen vorsieht. Gestrichen werden u. a. die Beschaffungsvorhaben für das EFV (Expeditionary Fighting Vehicle) der Marineinfanterie (siehe auch ASMZ Nr. 08/2008, Seite 41) sowie für das bodengestützte

Fliegerabwehrsystem SLAM-RAAM (Surface-Launched Advanced Medium-Range Air-to-Air Missile), das für die US Army vorgesehen war. Ebenfalls verzichtet wird auf die Einführung des Luftverteidigungssystems MEADS (Medium Extended Air Defense System). Allerdings sollen dabei die mit den Partnernationen Deutschland und Italien eingegangenen Entwicklungsverpflichtungen noch erfüllt und die Programmbeiträge danach beendet werden. Bei den Kampfflugzeugen wird die Marineversion des F-35 auf der Zeitachse zwei Jahre nach hinten verschoben und für 2012 sollen bei den Vorserienflugzeu-

gen des Typs F-35A nur 19 anstatt der geplanten 23 Flugzeuge beschafft werden. Auch bei der US Navy müssen wegen der nur schleppenden Entwicklung beim «Joint Strike Fighter» Verzögerungen bei der F-35-Beschaffung in Kauf genommen werden.

Der Personalbestand des Heeres (US Army) soll ab 2015 (nach Abzug aus Afghanistan) um 27 000 Soldaten (um rund 4,6 %) verringert werden und das Marine Corps soll um etwa 20 000 (ca. 9,8 %) abgebaut werden. In Kombination mit weiteren Einsparungen, wie beispielsweise der Schliessung von Stützpunkten bei der Air Force sowie einer generellen Reduktion von Truppenstandorten sollen über die nächsten fünf Jahre etwa 178 Mrd. US Dollar eingespart werden, von denen allerdings rund 100 Mrd. als Teil des Verteidigungsbudgets reinvestiert werden sollen. So sollen u. a. die stark beanspruchten Helikopter bei der US Army und bei der Marineinfanterie durch zusätzliche neue Maschinen ergänzt werden. Und bei der Air Force

sollen zusätzliche UAVs (Unmanned Aerial Vehicles) zugeführt werden.



Army Aviation erhält weitere Kampfhelikopter AH-64D «Apache». Bild: US Army

Im vorgelegten Basisbudget von 553 Mrd. US Dollar sind wie immer die Ausgaben für die laufenden militärischen Operationen nicht berücksichtigt. Diese sollen im Budgetjahr 2012 erstmals seit langer Zeit um 26 Prozent auf noch 118 Mrd. sinken. Grund dafür sind der nun mehrheitlich abgeschlossene Abzug aus dem Irak sowie ein Rückgang bei den einsatzbedingten Beschaffungsprojekten, beispielsweise der nun mehrheitlich abgeschlossenen Zuführung von geschützten MRAP-Fahrzeugen (Mine Resistant Ambush Protected).



Für das Marine Corps werden weitere MV-22 «Osprey» beschafft. Bild: Marine Corps

Russland

Modernisierung der russischen Streitkräfte

Trotz Wirtschaftskrise und einem selbstverordneten Sparkurs will Russland in den nächsten zehn Jahren umgerechnet rund 470 Mrd. Euro in die Modernisierung seiner Streitkräfte stecken. Gemäss Mitteilungen des russischen Verteidigungsministeriums sowie Informationen, die durch Vertreter der staatlichen Rüstungsbehörde Rosoboronexport anlässlich der internationalen Wehrmaterialausstellung IDEX 2011 in Abu Dhabi gemacht worden sind, sollen mit Priorität die Luft- und Seestreitkräfte sowie die Raketentruppen mit neuen

Kampfmitteln im Umfang von 19 Billionen Rubel ausgestattet werden. Genannt werden die Beschaffung von Kurzstrecken-Lenkwaffensystemen SS-26 «Iskander», von Raketenabwehrsystemen S-400, die Einführung weiterer ICBM-Systeme «Topol-M» sowie von acht U-Booten, die mit den neuen Interkontinentalraketen des Typs «Bulawa» ausgerüstet sind. Zudem sollen einige hundert neue Flugzeuge und 1000 Helikopter beschafft werden. Daneben wird Russland mit dem Kauf französischer Helikopterträger vom Typ «Mistral» (siehe auch ASMZ Nr. 08/2010 Seite 39) erstmals Kriegsgerät von einem NATO-Mitglied beschaffen.

Zudem wurde vor Kurzem mit Israel ein Abkommen über die Lieferung von UAV-Systemen



Mobile Gefechtsfeldlenkwaffen «Iskander» für das russische Heer. Bild: RR mil photo

und Technologien abgeschlossen; demnach werden die russischen Streitkräfte in den nächsten Jahren mindestens teilweise mit modernen israelischen Drohnen ausgestattet. Gemäss Aussagen russischer Militärs soll es der russischen Rüstungsindustrie trotz finanzieller Unterstützung bis heute nicht gelungen sein, eigene leistungsfähige Drohnensysteme zu entwickeln. Im Anschluss an den Georgienkonflikt im Sommer 2008 waren bei den russischen Streitkräften u. a. akute Mängel bei der Aufklärung festgestellt worden.

*Hans Peter Gubler,
Redaktor ASMZ*